

In dürftiger Zeit

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **105 (2011)**

Heft 9

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

rungen der umgebrachten DorfbewohnerInnen und bei den Vorbereitungen des leitenden Arztes für solche Expeditionen dabei ist, kann man zwar auch als bewussten Entscheid der Regisseurin, nahe zu den Opfern zu gehen deuten. Angesichts der Grundfragen, die sich bei solchen Prozessen stellen, illustriert dieses Vorgehen aber eher die tatsächliche Hilflosigkeit der internationalen Rechtssprechung, die mit schwer praktikablen Konstruktionen wie «Verbrechen gegen die Menschlichkeit» und «Genozid» operieren muss. Die eigentlichen Fragen nach Wirkung, Sinn und Problematik einer internationalen Gerichtsbarkeit, kommen dagegen viel zu kurz zur Sprache. Symptomatisch dafür ist folgende kleine Szene: Der leitende Ankläger spricht im Foyer des Gerichts über die Schwierigkeiten der Beweisführung im Prozess. Ein Kollege kommt vorbei und auf die Bitte sich auch dazu zu äussern, sagt dieser in etwa: Es gibt Befehle und Signale. Befehle zur Gewalt finden sich fast nie, es gibt aber jede Menge Signale und Zeichen, die in einer bestimmten Situation zwar eine klare Aufforderung zur Gewalt bedeuten, vor Gericht aber als metaphorische, unbestimmte und vieldeutige Zeichen darstellbar sind, die nicht zur Belastung des Angeklagten taugen. Hier wäre ein entscheidender Punkt gewesen um einzuhaken, nachzufragen, Kontext zu schaffen. Beispielsweise spielte beim Völkermord 1994 in Ruanda das Radio exakt die Rolle der Scharnierstation zwischen direkter Aufforderung zum Morden und der Schaffung einer entsprechenden Stimmung über direkte, aber eben auch metaphorisch zu verstehende Verlautbarungen. (Ab Herbst diesen Jahres wird das International Institute of Political Murder (IIPM) in einem nachgebauten Radiostudio diese grauenvolle Zweideutigkeit im Theater erlebbar und damit nachvollziehbar machen.) Eine andere Möglichkeit zur vertieften Einsicht in das Wesen dieses Prozesses hätte sich über mehr Hintergrundinformationen zu den Verbindungen, Positionen und Besitzverhältnissen der zahlreichen Freunde und der Familie des Angeklagten geboten. Specogna reist zwar nach Belgien und spricht mit Frau und Kindern in Bembas Villa, aber man erfährt wenig dabei. Geweckt wird stattdessen beim Zuschauer allenfalls eine fragwürdige, weil vorverurteilende Empörung, über «so viel

unbedarfte Vaterliebe gegenüber so einem Verbrecher». Statt aufzuklären und durch Information zu rationalisieren, stösst ein dieser Besuch nur tiefer in die Sphäre der Ressentiments. Stark sind dann aber doch einige Szenen aus dem Vorprozess gegen Jean-Pierre Bemba. Vor allem dann als die Verteidigung in ihrem Schlussplädoyer die Intervention von Bembas Armee in der Zentralafrikanischen Republik als legitime Aktion, vergleichbar mit jenen europäischer Staaten und der USA zum Schutze demokratischer Regierungen vergleicht, sich jede Einmischung verbittet und schliesslich die antikoloniale Trumpfkarte zieht: Afrika sei nicht das Experimentierfeld der Europäer zur Etablierung einer internationalen Justiz. So scheinheilig der Vorwurf, so wahr ist er doch auch. Andererseits gilt natürlich ebenso: So scheinheilig die Anklage gegen Bemba angesichts der vielen anderen Verbrechen, die aus Opportunitätsgründen nicht vor Gericht untersucht werden, so berechtigt ist sie doch, dies wiederum zeigen die vielen Opfer sehr deutlich. Dass Prozesse dieser Art wie vielleicht alle Prozesse auch immer etwas Künstliches haben, ja mit aller Gewalt auch tatsächlich künstlich wider jede Logik der Vergänglichkeit konstruiert werden müssen, zeigen die wiederholten Aufnahmen der Richter und Anwälte in ihren schwarzen Roben zwar irgendwie schön, aber doch hätte man sich einige klarere Überlegungen dazu gewünscht. Etwas mehr Diskurs und etwas weniger Vertrauen auf die Evokationskraft der Bilder. ●

Was bedeutet Kompetenz?

In seiner Kolumne im *Sonntags-Blick* charakterisierte Frank A. Meyer die Mechanismen reaktiver Schweizer-Politik an einem Beispiel: «Was geschähe, wenn Christoph Blocher an einer Pressekonferenz erklärte, die Sonne drehe sich um die Erde? Das Schweizer Fernsehen würde das Thema in der Arena zur Debatte stellen; der *Blick am Abend* würde dazu eine Grafik drucken und Toni Brunner interviewen; die *NZZ* würde die Behauptung wohlwollend als beachtlichen bürgerlichen Denkanstoss kommentieren; der *Tages Anzeiger* würde zu dem Schluss kommen, dass Blocher zwar übertreibe,

letztlich aber doch den Finger auf eine Wunde lege; die *Weltwoche* schliesslich würde titeln: «Die Sonne dreht sich um Blocher».

Kein Zweifel, die Situation ist gut getroffen. Und auch der Schluss, den Meyer daraus zieht, dass das Ganze ein Theater sei, das nichts mit lösungsorientierter Politik zu tun habe und dass das Wahlvolk einer solchen Politik früher oder später eine Absage erteilen wird, scheint logisch. Als Indiz dafür zitiert Meyer die *Sonntagsblick*-Umfrage, wonach die St.Galler FDP-Regierungsrätin und Vorsteherin des Justiz- und Polizeidepartements Karin-Keller Sutter in Fragen der Ausländerpolitik für doppelt so kompetent gehalten wird wie Christoph Blocher. Meyers Argumentation liess sich also in folgendem Satz zusammenfassen: Das Volk möchte Lösungen für die anstehenden Probleme und vertraut zunehmend auf solide Sachkompetenz statt auf Polemik. Auch wenn man in Rechnung stellt, dass Meyer weiss, dass er angesichts der Kräfteverhältnisse in der Schweiz damit mehr eine Hoffnung als eine Analyse formuliert, lohnt es sich, ihn beim Wort zu nehmen und zu fragen: Wie verhält es sich mit einem möglichen Begehren im Volk nach Lösung und Kompetenz? Meyer wiederholt im selben Kommentar mantraartig folgenden Satz: «Offensichtlich ist dem Volk klar, die SVP bewirtschaftet Krisen, also braucht sie Krisen. Nichts ist für sie schlimmer als deren Bewältigung.» Doch weit davon entfernt, wie er glaubt, die SVP damit vernichtend kritisiert zu haben, macht er sie gerade damit zur einzigen Trägerin realer Politik. Denn nur das Bewusstsein einer Krise öffnet den Raum fürs Politische. Eine Politik, die dem von Meyer imaginierten lösungsorientierten Handeln entspricht, ist nichts weiter als der Zustand unangefochtener Normalität und also die Abwesenheit des Politischen. Wer die bestehenden Machtverhältnisse zu seinen Gunsten verschieben möchte, muss auf der unüberwindbaren Kluft zwischen dem, was als Normalität ausgegeben wird und einer angestrebten Variante von Normalität beharren. Das heisst, das politische Feld ist solange geöffnet, wie die Unmöglichkeit einer neutralen bzw. objektiven Betrachtung der Normalität gegeben ist. Ein Interesse an einer solchen Öffnung des politischen Feldes haben normalerweise nur unterlegene Minderheiten. Der Trick der SVP bestand nun vor

zwanzig Jahren gerade darin, sich als solche zu inszenieren, um nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus und damit des politischen Feldes der Systemkonkurrenz, die bürgerliche Herrschaft zu erhalten, indem man sie von rechts neu zu gewinnen suchte.

Der Wunsch nach neutraler und reiner Sachpolitik, der Meyer in der Bevölkerung wahrnehmen will, ist ja nichts anderes als der alte liberale Irrtum, die fundamentale Kluft, die zwischen Politik und Polizei bestehen sollte, zu negieren. Ein Irrtum, der letztendlich der Grund dafür ist, weshalb der bürgerliche Liberalismus nicht anders kann als im entscheidenden machtpolitischen Moment, seine Grundlagen zu verraten und sich nach rechts zu stellen. Das heisst, der Polizeistaat folgt der Objektivitäts-, Sachpolitik und Kompetenzrhetorik auf dem Fuss. Oder anders gesagt: Der Wunsch nach kompetenter, lösungsorientierter Politik führt tatsächlich von Blocher zu Keller-Sutter, aber nicht als Korrektur einer verfehlten Politik, sondern als kalkulierte Konsequenz. Das Regime der Ausnahme, das die Krise diktiert und warm hält, symbolisiert durch Blocher/Brunner und die Rückkehr zur sachorientierten Normalität, symbolisiert durch Karin-Keller Sutters «Polizeiregime», sind ein und dieselbe politische Bewegung. Was also wenn Keller-Sutter in Wahrheit gerade nicht die harte, aber faire Politik verkörpern würde, sondern dem Bedürfnis nach dem entscheidenden Schlag gegen die Ausländer bzw. die verhasste Einwanderungsgesellschaft perfekt entsprach? Und wenn also das Kompetenzattribut, das ihr nun verliehen wird, nur darum ein Wunsch der Bevölkerung wäre, weil es die neuen durch erfolgreiche Besetzung des politischen Feldes verschobenen, eigentlich rassistischen, Herrschaftsverhältnisse im Ausländerdiskurs als fair und normal legitimiert? Denn es ist das Resultat einer politischen Kampagne der SVP, dass das Normale just die Politik von Keller-Sutter ist. Daran ändert sich auch nichts durch das weiche Herz, das die legalistische Hardlinerin gemäss der *Weltwoche* in Einzelfällen zeigte. Denn sind es nicht gerade die härtesten Hunde, denen jede kleinste sogenannte menschliche Regung zur Heiligkeit gerät? Es kann nicht sein, dass die SVP diese Grundregel des politischen Populismus nicht kennt. *Rolf Bossart*